

Martina Lütke-Harmann

Symbolische Metamorphosen

Eine problemgeschichtliche Studie zur
Politischen Epistemologie der Sozialpädagogik

300 Seiten · broschiert · € 34,90

ISBN 978-3-95832-092-5

© Velbrück Wissenschaft 2016

I Hinführung: gängige Reduktionen und unbearbeitete Schwierigkeiten – das Verhältnis von Sozialem und Politischem

»Die pudrige Spur der Milchstraße war wie ein gewaltiger Riss quer durch den Himmel, durch den das blassweiße Licht durchsickerte. ›Weißt du«, sagte Port, und seine Stimme klang unwirklich, wie oft Stimmen nach einer langen Pause des Schweigens an einem vollkommen ruhigen Ort, ›der Himmel ist hier sehr seltsam. Wenn ich ihn so betrachte, habe ich oft das Gefühl, dass er etwas Kompaktes ist, das uns vor dem beschützt, was dahinter lauert.«

(Paul Bowles, Himmel über der Wüste)

Das Soziale bildet den Knotenpunkt der historisch-politischen Form und Formierung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und bezeichnet zugleich eine Leerstelle in der politischen Theorie. Mit dieser klärungsbedürftigen Aussage ist ein Dilemma umrissen, dass die Frage nach dem Verhältnis von Sozialpädagogik und Demokratie entscheidend prägt: Hängt die Implementierung wohlfahrtsstaatlich strukturierter Institutionen wie der Sozialen Arbeit bzw. der Sozialpädagogik¹ wesentlich von

1 Da die vorliegende Arbeit sich auf eine Untersuchung der geschichtlichen und symbolischen Metamorphosen des Sozialen fokussiert, wird im Folgenden der Begriff der ›Sozialpädagogik‹ anstelle des breiteren Begriffs der ›Sozialen Arbeit‹ präferiert.

der ›Erfindung‹ des Sozialen – als epistemologische Kategorie und spezifische Regulierungsform der Bevölkerung – ab, so wird dieses Soziale in der (neueren) politischen Theorie und Philosophie wenn überhaupt, dann zumeist als ideologischer Rest des marxistischen Geschichtsexperimentes oder Hemmschuh der Demokratiebildung interpretiert.

Deutlich wird dieses konflikthafte Verhältnis zwischen Sozialem und Politischem allzumal mit Blick auf einen Transformationsprozess, der sich bereits mit den 1970er Jahren andeutet, seit den 1990er Jahren aber an Intensität zunimmt. Hintz und Vorwallner formulieren hierzu: »In der Folge der krisenhaften gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse, der Neuformierung der sozialen Strukturen/Kräfteverhältnisse im Gesamt ihrer ökonomisch-technischen, politischen und ideologischen Aspekte – nicht zuletzt mit der Entstehung neuer sozialer Bewegungen [...] – wandelten sich nicht nur die Bedingungen, unter denen man sich traditionell die Beziehung zwischen Theorie und Politik, Staat und Gesellschaft vorstellte, grundlegend, die Form dieser Beziehung selbst wurde einer radikalen Kritik unterworfen« (Hintz/Vorwallner 2006, 11). Die historische Bedeutung des Wandels, der in den 1970er Jahren einsetzt, besteht dieser Grundintention folgend in einer Abwendung von der ›alten Sprache des Sozialen‹ (Wagner 2010), welche die geschichtliche Bewegung der Gesellschaft als ›Ganzer‹ zur Bedingung der Möglichkeit politischen Handelns machte und eng mit einem Verständnis verbunden war, das Politik entweder – wie in der Tradition Durkheims – als staatlich strukturierten Teilbereich der Gesellschaft oder – wie in der orthodoxen marxistischen Tradition – als ökonomisch determinierten Überbau begriff.

Selbst da, wo ›Gesellschaft‹ zumindest dem Augenschein nach als erkenntnistheoretische Kategorie beibehalten wird,² erfolgt eine Perspektivverschiebung weg von der Fokussierung auf die geschichtliche Bewegung und ihre Strukturbedingungen hin zu den »Konstruktionen von Individuen, [...] subjektive[n] Erfahrungen und mikrosoziale[n] Interaktionen« (Gertenbach/Moebius 2008, 4131). So lassen sich eine Reihe soziologischer und sozialpädagogischer Studien ausmachen, die zwar vordergründig an einem Primat des Sozialen festhalten, aber zugleich einen sozialstrukturellen Transformationsprozess annehmen, welcher die

Dass die folgenden Ausführungen auf eine Auseinandersetzung mit den sozialpädagogischen Autorinnen der ersten und zweiten Frauenbewegung verzichtet, ist demnach nicht als Indiz der Ignoranz zu verstehen, sondern begründet sich systematisch, durch die Fragestellung dieser Arbeit. Der stark bereichs- und institutionenbezogenen Reflexionsform der ›Sozialarbeit‹ entgeht eben jenes symbolisch-politische Moment, das hier im Mittelpunkt steht. Wenn im Folgenden dennoch vereinzelt von der ›Sozialen Arbeit‹ die Rede ist, geschieht dies ausschließlich, um die institutionelle Verfasstheit sozialpädagogischen Denkens hervorzuheben.

2 Ich beziehe mich hier auf den Diskurskomplex ›zur reflexiven – zweiten Moderne – Liquid Modernity‹.

Bedingung der Möglichkeit dafür ›erzeuge‹, »den gesellschaftlichen Zusammenhang von den Subjekten her zu denken« (Schaarschuch 1996, 8). In der reflexiven Moderne, so die Annahme, seien die Subjekte nicht länger durch ein sie determinierendes, über-individuelles Fundament bestimmt, vielmehr sei die Gegenwart durch einen Modus der Vergesellschaftung gekennzeichnet, der die Subjekte »freisetzt und zugleich *unmittelbar* vergesellschaftet« (ebd. 1996, 89). Waren die Möglichkeiten politischen Handelns in der Sichtweise objektivistischer Gesellschaftstheorien äußerst begrenzt, da sie durch tiefliegende Strukturgesetze präformiert wahrgenommen wurden, scheinen sie nun endlich ›frei‹ geworden von den metaphysischen Implikationen der alten Moderne, frei, um sich im ›leeren‹ Spiel der intersubjektiven und diskursiven Praktiken ›bedingungslos‹ entfalten zu können. So verwundert es kaum weiter, dass die sukzessive Erosion des Sozialen ihr spiegelbildliches Pendant in einer »erneut aufgeflammt« Diskussion um die Demokratisierung der Gesellschaft« (Hintz/Vorwallner 2006, 11) findet. Nichts scheint näherliegender als die scheinbare Auflösung von Gesellschaft als »soziales Totalphänomen« (Mauss 1999; vgl. Gertenbach/Moebius 2008, 4130) mit einer »Rückkehr der politischen Philosophie« und »ihres Objektes, der Politik« zu verbinden (kritisch: Rancière 2002, 7)? Kurz: Die Annahme einer Rückkehr des Politischen und die Erosion des Sozialen gehen Hand in Hand.

Im Fall der Sozialpädagogik ist ein solcher Transformationsprozess – ich werde gleich noch weiter darauf eingehen – nicht zuletzt deshalb von enormer disziplin- und professionspolitischer Relevanz, da die Diagnose einer Verflüssigung, Schwächung oder stärker noch eines »Endes des Sozialen« (Baudrillard) als Chance für eine disziplinäre Re-Politisierung Sozialer Arbeit als Instanz der Demokratiebildung aufgenommen wird. (vgl. Schaarschuch 1996; Wendt 1993 und 1998; Olk 2001; Gedrath 2002, Müller 2005, Stecklina/Stiehler 2006 u.a.). Die vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse »notwendige Neuorientierung Sozialer Arbeit« (Schaarschuch 1996, 87) wird in eine umfassende Neubestimmung des Verhältnisses von Sozialem und Politischem eingebettet, welche die strukturdeterministischen Engführungen der »klassischen gesellschaftskritischen Theorieentwürfe Sozialer Arbeit« (ebd. 2006, 83) vermeiden will und stattdessen stärker auf die politischen Handlungsmöglichkeiten und Autonomiepotentiale der Subjekte fokussiert. Trotz der großen systematischen Divergenz zwischen den einzelnen Ansätzen kann – insofern der angenommene Wandel mit einer Erweiterung des politischen Möglichkeitsraumes sowie institutionellen und gesellschaftlichen Prozessen der Demokratiebildung parallelisiert wird –, kaum Zweifel daran bestehen, dass die Autoren diesen Transformationsprozess positiv oder doch zumindest wohlwollend konnotieren: Schien die politische Funktion der Sozialpädagogik durch die Annahme einer

vorgängigen und übergeordneten (ökonomischen) Struktur ›tatsächlich‹ teilweise stillgestellt, wird in der Gegenwart die Möglichkeit einer Politisierung gesehen, die unmittelbar bei den ›Interaktionen‹ und ›diskursiven Praktiken‹ der Akteure ansetzt.

Ist die Zeit der ideologischen Verdunkelung des Politischen, seiner (unlauteren) Zähmung und Reduktion zusammen mit der metaphysischen Annahme einer geschichtlichen Eigenlogik und strukturellen Dignität des Sozialen, wie sie im Begriff der Gesellschaft einen Ausdruck fand, nun endlich an ein Ende gekommen? So einleuchtend die Annahme einer ›Rückkehr des Politischen‹ auf den ersten Blick zu sein scheint, sie wirft doch einige Fragen auf. Denn bei genauerer Betrachtung der gegenwärtigen Situation wird schnell ersichtlich, dass die »Erschöpfung« des Sozialen in Form gesellschaftstheoretischer ›Metaerzählungen‹³ nur die eine Seite der Medaille bezeichnet. Auf der anderen Seite nämlich ist es genau anders herum, das Soziale, das wiederkehrt, jedoch in der Form erster Identifizierungen, die keiner wissenschaftlich reflektierten Repräsentation bedürfen. Das Soziale, so lässt sich dieser Gedanke mit Jean-Luc Nancy weiterführen, taucht heute auf »in den allergewöhnlichsten Formen der Identifikation, die man findet und deren Bestimmungen verbraucht oder pervertiert sind [...]: ›Volk‹, ›Nation‹, ›Kirche‹, ›Kultur‹, um von der konfusen ›Ethnie‹ und den verschlungenen ›Wurzeln‹ erst gar nicht anzufangen. Es gibt da ein ganzes Panorama der Zugehörigkeit und Eigenschaft, dessen politisch-philosophische Geschichte noch geschrieben werden muss: die Geschichte der Selbstrepräsentation als bestimmendes Element eines originären Begriffs der Gesellschaft« (Nancy 2012 [2004], 81). Statt von einer Rückkehr des Politischen ließe sich aus dieser Perspektive daher eher von einer Rückkehr zu ersten, scheinbar natürlichen Identifizierungen durch Familie, Nachbarschaft und Nation sowie von einem erneut aufflammenden Interesse an religiöser Orientierung und in diesem Sinne von einer Entpolitisierung sprechen.

Es scheint mir von entscheidender Relevanz, diese beiden Bewegungen statt in ihrer einfachen Entgegensetzung in ihrer wechselseitigen Verbindung zu begreifen. Was, wenn die Erosion des Sozialen und die Wiederkehr der Gemeinschaft erster Identifizierungen zusammenhängen? Was, wenn die Politisierung auf eine imaginäre oder ideologische Positivierung, eine (un-)mögliche Form des Allgemeinen verweist, ohne die sie nicht denkbar ist, die aber zugleich eine Quelle der Gefahr identifizierenden, totalisierenden und normalisierenden Denkens bezeichnet? Es stellt sich die Frage, ob der Versuch eine Politisierung ohne den Bezug auf eine, die einzelnen Differenzen emergierende Form auskommt, ohne Identifikation mit einem übergreifenden Allgemeinen, das eine gewisse

3 Den Begriff der ›Metaerzählung‹ entnehme ich Jean-François Lyotards Arbeit über das »Postmoderne Wissen« (1994 [1979]).

Notwendigkeit impliziert? Und welche Rolle kommt der Sozialpädagogik in diesem Zusammenhang zu? Die folgenden Ausführungen beruhen auf der Annahme, dass die Frage nach dem Verhältnis von Sozialem und Politischem zwar einerseits einen Kristallisationspunkt der disziplinären und professionstheoretischen Selbstvergewisserung der Sozialpädagogik bezeichnet, dass eine solche Verhältnisbestimmung in ihrer (bildungstheoretischen) Bedeutung aber andererseits nicht hinreichend durchdacht wird. Diesen Verdacht möchte ich erhärten, indem ich im Folgenden auf die erkenntnistheoretischen Grundlagen zweier zentraler Selbstrepräsentationen der Sozialpädagogik eingehe: die Normalisierungs- und die Demokratisierungsthese.

I.1 Sozialpädagogik und Politik: Zwei Begründungen⁴

Die Normalisierungsthese geht im Kern auf eine historisch-systematische Verortung der Sozialpädagogik in den Bedingungen einer industriekapitalistischen Gesellschaft zurück, wie sie erstmals mit Klaus Mollenhauers (1959) Studie über die »*Ursprünge der Sozialpädagogik*« für den bundesrepublikanischen Zusammenhang prominent wurde. Im Zentrum der Überlegungen zu Struktur und Genese der Sozialpädagogik steht die erkenntnistheoretisch fundierte Grundannahme eines Bruches oder »Hiatus zwischen gesellschaftlicher Realität und nachhinkendem Bewusstsein« (ebd. 121). Diese unterläuft bis dahin gängige normativ-ontologische Deutungsweisen der Sozialpädagogik, indem sie das geisteswissenschaftlich zugrunde gelegte ideentheoretische Bild von Gesellschaft als organischer Gemeinschaft und Zusammenhang »konfliktfreier, intimer Sozialkontakte« (Mollenhauer 1973, 26) mit der »Realität« der industriellen Gesellschaft konfrontiert. Das Soziale in seiner industriekapitalistischen und antagonistischen Strukturierung bildet hiernach den »ursprünglichen« – von den geisteswissenschaftlichen Ideologemen der Gemeinschaft verdeckten – Bezugspunkt der Sozialpädagogik (vgl. Mollenhauer 1959). Disziplingeschichtlich relevant ist diese Einschätzung, weil sie den Einsatzpunkt der so genannten »realistischen« oder »sozialwissenschaftlichen Wende« markiert. Mollenhauer kann damit als ein Begründer jener Denktradition gelten, die sich bis heute in marxistischen Gesellschaftsanalysen fortführt und mit guten Gründen darauf aufmerksam macht, dass Möglichkeiten und Leistungen von Sozialpädagogik und Sozialpolitik nicht unabhängig von Struktur, Dynamik und Krise der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Regulierung verstanden werden können (vgl. Scherr 2008; Scherr/Otto/Ziegler 2010).

4 Die in diesem Kapitel dargelegten Überlegungen wurden bereits in zentralen Aspekten publiziert. Siehe: Lütke-Harmann/Kessl (2013b) und Lütke-Harmann (2013a).

Zwar ist die marxistische Kritik, die betont, dass nicht die Autonomie und Selbsttätigkeit der Subjekte, sondern vielmehr Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit »unter kapitalistischen Produktionsbedingungen« (vgl. Autorenkollektiv 1971; Hollstein 1973; Hollstein/Meinhold 1973; Nowicki 1973; Lenhardt/Offe 1977; Müller/Otto 1980) als zentrale Strukturprinzipien der Sozialpädagogik fungieren, von zentraler Bedeutung für die kritische Selbstreflexion der Disziplin in den 1960er und 1970er Jahren. In Hinblick auf die Frage nach dem Verhältnis von Sozialem und Politischem ist diese Thematisierungsweise jedoch mit erheblichen Verkürzungen verbunden. Wird Normalisierung als Funktion und Aufgabe der Sozialpädagogik bestimmt, geschieht dies meistens auf dem Hintergrund eines Politikverständnisses, das die ökonomischen und herrschaftsstabilisierenden Funktionen staatlich strukturierter Institutionen wie der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik hervorhebt. Eine solche Perspektive lässt sich für den gegenwärtigen Diskurs exemplarisch anhand der Position von Hans-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt (2011) konkretisieren. Theoretische Voraussetzung ihrer Normalisierungsthese ist ein marxistisches Konzept staatlicher Institutionen als »Subjekte der Sicherung und Fortentwicklung einer real existierenden kapitalistischen Ökonomie« (Dahme/Wohlfahrt 2011, 387). Unter der kapitalismuskritischen Prämisse eines Primates der Ökonomie wird die Sozialpädagogik »als fallbezogene Bearbeitung und Verwaltung nicht mehr konkurrenzfähiger subjektiver Lebenslagen bestimmt[...] und sie ist in dieser Bestimmung funktional für [...] kapitalistische Gesellschaften« (ebd. 400). So kommt es, dass die Analyse auf einen Blickpunkt beschränkt bleibt, der Sozialpädagogik primär als herrschaftsstabilisierende Instanz und passives Instrument der staatlich-politischen Bearbeitung von Widersprüchen der kapitalistischen Ökonomie versteht. Ganz unabhängig davon, wie die Sozialpädagogik sich selbst beschreibt, welchen normativen Prämissen sie sich unterwirft und welche Zielsetzungen sie verfolgt, sie entkommt ihrem Normalisierungsauftrag nicht. Ihre Beziehung zur Politik ist immer schon durch die historisch-spezifischen Gegebenheiten der kapitalistischen Akkumulation und die entsprechenden sozialstaatlichen Konjunkturen präformiert. Fragen danach, welche Ideen und (demokratischen) Legitimationsmaßstäbe zugrunde gelegt werden, wenn der Kapitalismus sich transformiert und welche Demokratiepoteziale sich im Rahmen einer historisch-spezifischen Vergesellschaftungsformation eröffnen, bleiben systematisch unterreflektiert.

Wird dagegen Demokratiebildung als zentrale Aufgabe der Sozialpädagogik betrachtet, beziehen sich die Autorinnen zumeist auf einen Begriff der Politik und des Politischen, der sich aus dem republikanischen Diskurs speist und die assoziative Dimension kollektiven Handelns in den Mittelpunkt stellt (Schaarschuch 1996; Wendt 1993 und 1998; Olk 2001; Gedrath 2002; Müller 2005; Stecklina/ Stiehler 2006;

Sturzenhecker 2008 u.a.). Als Exempel einer solchen Demokratisierungsthe-
 these lässt sich die Arbeit Carsten Müllers heranziehen. Müller dienen
 die Zeitdiagnosen der reflexiven Moderne und der Postmoderne, in den-
 nen »Individualität, Pluralität und Verschiedenheit nicht nur Zeitdiagno-
 sen, sondern gewissermaßen auch Werte darstellen« und auf die »drin-
 gende Notwendigkeit politischen Engagements aufmerksam machen«
 (Müller 2003, 37) als Ausgangspunkt, um eine Demokratisierung der
 Sozialpädagogik möglich und notwendig erscheinen zu lassen. Die Kri-
 se des sozialen Paradigmas steht hier für die Möglichkeit das Politische
 und die politisch strukturierte Sozialpädagogik aus ihrer Unterordnung
 gegenüber dem Sozialen und der damit eng verbundenen »Abhängig-
 keit von staatlicher Sozialpolitik« (Müller 2003, 11; vgl. 2005, 287) zu
 befreien und als zivilgesellschaftliche Akteurin einer »Politik des Sozia-
 len« (vgl. ebd.) zu positionieren. Dabei ist interessant zu sehen, dass die-
 se modernisierungstheoretische Argumentation mit einer im Verhältnis
 zur Normalisierungsthese spiegelbildlichen Ursprungsbestimmung ver-
 bunden wird. So plädiert Müller dafür, den ›Ursprung‹ der Sozialpäda-
 gogik in der bürgerlichen Gesellschaft, konkreter »im Übergang von einer
 ständisch-herrschaftlichen Gesellschaftsform zu einer demokratisch
 verfassten res publica zu verorten« (Roeßer, zit. n. Müller 2005, 28) und
 dabei auf die vor-wohlfahrtsstaatlichen Gründungszusammenhänge der
 Sozialpädagogik zu verweisen (vgl. Müller 2005; Gedrath 2003; Dol-
 linger 2006). Diese habe sich aus der Tradition der Bürgerbewegungen
 seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelt und sei daher
 als Instanz der Demokratieverziehung zu begreifen, genauer als »sozial-
 pädagogische Erziehung des Bürgers« (Dollinger et al 2007). »Sozialpä-
 dagogik und Politik gehören untrennbar zusammen! Ihrem Wesen nach
 ist Sozialpädagogik politisch. Sie betrifft das gemeinschaftliche Leben in
 der Polis« (Müller 2005, 289).

Die so skizzierte Bewegung einer Trennung des Sozialen und des Poli-
 tischen zugunsten einer stärkeren Akzentuierung des Politischen kann
 an eine theorie-systematische Argumentationsfigur Hannah Arendts an-
 schließen. Wie Arendt (1960) in »Vita Activa« argumentiert, habe die
 Priorisierung soziologischer Erklärungsmuster im Allgemeinen, vor al-
 lem aber der marxistische Diskurszusammenhang eine Absorption des
 Politischen durch das Soziale bedingt, weil er das »Gesellschaftliche
 nicht eigentlich vom Politischen scheidet[...] und unterscheidet[...]«, so
 dass Politik nur eine Funktion der Gesellschaft [sei], Sprechen und Den-
 ken [also] primär den Überbau sozialer Interessen bilde[ten]« (ebd. 43).
 Im Rückgriff auf die Tradition der attischen Demokratie und der anti-
 ken politischen Philosophie Aristoteles' kennzeichnet sie die Sphäre der
 Politik dementsgegen als einen von anderen sozialen Handlungszusam-
 menhängen losgelösten Bereich des Beratschlagens und Handelns in ge-
 meinschaftlichen und öffentlichen Angelegenheiten (vgl. ebd.). Politik

beschreibt hiernach einen kontingenten Möglichkeitsraum, dessen Koordinaten nicht durch soziale Handlungsbegrenzungen und -ermöglichungen determiniert sind, sondern als »Resultat einer Entscheidung« (FAK 2002, 9) ausgewiesen werden können und demnach »potentiell in der Verfügungsmacht der politischen Akteure« stehen (ebd.). Wenngleich die strikte Entgegensetzung des Sozialen und des Politischen nicht für alle Varianten der Demokratisierungsthese charakteristisch ist, finden sich doch große Überschneidungen mit aktuellen Konzeptionen der Sozialpädagogik als Bürger- oder Demokratieerziehung, wie sie von Autoren wie Wendt (1993 und 1998), Stecklina (2006) in eher deliberativ justierter Perspektive von Sturzenhecker (2008) vorgelegt wurden. Gemeinsam ist diesen theorie-konzeptionellen Bestimmungsversuchen, dass sie die Sozialpädagogik als (zivil-)gesellschaftliche Instanz der Demokratiebildung jenseits ökonomischer Selbsterhaltungszwänge und staatlicher Imperative fokussieren.

So nachvollziehbar die Argumentation der Autoren auf den ersten Blick zu sein scheint, eine Sichtweise, die das Politische gegen die (klassischen) gesellschaftstheoretischen Bestimmungen der Sozialpädagogik ausspielt, impliziert grundlegende Blindstellen: Im Austausch gegen eine Sichtweise, von der angenommen wird, dass sie die politische Handlungsfähigkeit der Subjekte und damit zugleich die demokratische »Funktion« der Sozialpädagogik durch die objektivistischen Verkürzungen klassischer Gesellschaftstheorien reduziert habe, wird das demokratische Potenzial intersubjektiver Handlungsweisen innerhalb zivilgesellschaftlicher Kontexte allzu deutlich hervorgehoben und von wohlfahrtsstaatlich strukturierten Formen der Regulierung abgesetzt. Diese strukturelle Blindstelle, die einer solchen Annahme inhärent ist – objektivistische Betrachtungsweisen und damit verbundene- Regierungsformen werden mit einer Reduzierung politischer Handlungsmöglichkeiten assoziiert und gemeinschaftlichen Handlungsweisen in der Zivilgesellschaft mit einer Freisetzung von Politik –, verschärft sich, wo ein Subjektverständnis zugrunde gelegt wird, das in der Gefahr steht, zwar spezifische, nämlich gemeinwohlorientierte Handlungsweisen normativ auszuzeichnen, aber nicht weiter nach den sozialen Bedingungen dieser Teilhabe zu fragen (vgl. Wendt 1998). Gerade weil sie ihre eigenen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen zumeist nur rudimentär reflektieren, ist also die Frage aufgeworfen, inwieweit derartige Beschreibungen Sozialer Arbeit als Demokratiebildung nicht Gefahr laufen, theoretisch naiv und damit möglicherweise politisch affirmativ zu argumentieren, indem sie macht- und herrschaftsförmige Strukturbeschreibungen zugunsten von Modellen horizontaler Vergemeinschaftung ausblenden.

Diese kurze Rekonstruktion hatte die Zielsetzung, zu verdeutlichen, dass beide sozialpädagogische »Metaerzählungen« für sich genommen mit wesentlichen systematischen Verkürzungen und Aporien behaftet

sind. Die jeweilige Nachrangigkeit des Sozialen und/oder des Politischen fokussiert die Analyse auf quasi spiegelbildlich zueinander verlaufende Erklärungsmuster, wie Gesellschaft vs. Gemeinschaft, Staat vs. Zivilgesellschaft, Struktur vs. Handlung, Konflikt vs. Konsens, Autonomie vs. Heteronomie der Adressat/innen und der Sozialpädagogik. Es ist nun aber gerade diese »Logik der Extreme« (vgl. Rieger-Ladich in Bezug auf den Begriff der Autonomie 2003), die nur wenig überzeugen kann. Denn bei näherer Betrachtung wird schnell ersichtlich, dass Normalisierungs- und Demokratisierungsthese trotz aller augenscheinlichen Differenz mehr gemeinsam haben, als auf den ersten Blick ersichtlich wird. Stimmen doch beide Deutungsmuster darin überein, dass sie einen Ursprung oder ein Fundament setzen, das der Politik und der Sozialpädagogik als Grundlage dient und ihnen eine ›immanente Notwendigkeit‹ verleihen soll: Während die assoziative republikanische Tradition, aus deren Perspektive u.a. Müller spricht, Macht und Politik durch eine vernünftige Übereinkunft der Gesellschaftsmitglieder und eine Übertragung der Volkssouveränität an eine Versammlung oder den Staat begründet sieht, biegt die klassische Gesellschaftstheorie das Politische auf ein Fundament wie die Architektur des kapitalistischen Systems zurück (vgl. Lefort/Gauchet 1990, 90). Nach welchem der beiden Muster das Verhältnis Sozialer Arbeit und Politik auch beschrieben wird, die Herangehensweise besteht immer darin, einen Ursprung oder ein Fundament zu setzen und die Beziehung der Sozialpädagogik zur Politik von hier aus zu begründen und mit einer gewissen Notwendigkeit auszustatten. Dem Wissenschaftsverständnis einer »progressiv-linearen Einheits- und Realzeitlichkeit« (Scheulen/Szankay 1999, 17) entlehnt, wird ein Fixpunkt gedacht, von dem ausgehend sich das Verhältnis der Sozialpädagogik zur Politik nachzeichnen lässt, wie auf einem »fahrbaren Untersatz« (ebd.). Die politische Form und Formierung der Sozialpädagogik scheint somit eindeutig präformiert, ihr kommt der »Status eines wesentlich abgeleiteten Phänomens« zu (Lefort/Gauchet 1990, 90). Unbeachtet bleibt indessen, dass die *zeitlinearen, kausal-determinierenden* Ableitungen, die in der disziplinären Selbstbeschreibung wirksam sind, genau jenen »Zeitraum des Politischen« (Scheulen/Szankay 1999, 13) verdecken, in dem das Verhältnis der Sozialpädagogik zur Politik allererst *in Szene gesetzt und inszeniert* wird. Kurz: Das Paradox besteht darin, dass die angebliche Wiederherstellung eines Primates des Politischen in der Sozialpädagogik das ›Politische‹ ebenso verdeckt wie dies im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Thematisierung des Sozialen bzw. der Ökonomie als Möglichkeitsgrund und Grenze der Politik geschieht. Dass eine solche Betrachtungsweise des Zusammenhangs von Sozialem und Politischem nicht genügen kann, deutet sich nicht zuletzt mit Blick auf gegenwärtige Entwicklungsdynamiken an, wie sie unter dem Begriff der ›Postdemokratie‹ firmieren.

I.2 Paradoxien der Politisierung: ›Rückkehr des Politischen‹ und ›Postdemokratie‹⁵

Nimmt man Colin Crouchs derzeit auch in der Erziehungswissenschaft (Bünger 2012; Forst/Rieger-Ladich 2012; Wagner 2012)⁶ breit diskutierte Zeitdiagnose zum Ausgang, dann lässt sich die jüngere westeuropäische Geschichte mehr oder weniger trennscharf in eine prädemokratische, eine demokratische und eine postdemokratische Phase unterteilen. Gegenwärtig, so Crouch (2008, 13), befinden wir uns in einem Stadium der Entropie von Demokratie: »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit seiner eigenen Ohnmacht konfrontiert.« Der Begriff der Postdemokratie markiert somit zwar keine schlichte Auflösung formal-demokratischer Institutionen, er verweist aber im Sinne Crouchs auf eine substanzielle Gefährdung des, für das demokratische Herrschaftsprinzip konstitutiven Selbstanspruches auf Volkssouveränität (vgl. Wagner 2012, 24).

Crouch historisch-politische Bilanzierung der Entwicklung der westeuropäischen Demokratien basiert auf einem analytischen Raster, das sich darüber auszeichnet, soziale bzw. ökonomische und politische Dynamiken nicht voneinander zu trennen, sondern in einem spezifischen Verweisungszusammenhang zu denken. Die Interpretation, welche die westlichen Nachkriegsgesellschaften der 1950er und 1960er Jahre zum Zenit partizipativer und egalitärer Entwicklungsdynamiken erklärt, beruht im Wesentlichen auf der Annahme, dass die fordistische Ökonomie aufgrund ihrer Allgemeinheit – Bezugspunkt ist die ganze Bevölkerung – die materialen und politischen Bedingungen für die Integration und Reproduktion ›der‹ Gesellschaft in den westeuropäischen Demokratien darstellt. Anders gesagt, kann die Demokratie in dieser klassisch materialistischen Perspektive nur funktionieren, weil und wenn sie in die ökonomische Dynamik der Gesellschaft eingelassen ist. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat übernimmt für Crouch insofern eine demokratische Funktion, als dessen Institutionen historisch nicht nur die Bedingungen der fordistischen Ökonomie, sondern zugleich die Grundlagen

5 Die hier formulierten Überlegungen zur Postdemokratiethese Colin Crouchs wurden in zentralen Aspekten bereits an anderer Stelle veröffentlicht. Siehe: Lütke-Harman/Kessl (2013b).

6 Beispielhaft zu nennen, ist hier etwa das Kölner Symposium »Verschwinden in der Sichtbarkeit – Demokratie setzt aus« am 25/26. November 2011.

der modernen Massendemokratien gewährleisten. Im Mittelpunkt der Argumentation steht somit eine entsprechende Relationierung der Trias von Gesellschaft, Ökonomie und Staat. Crouch leitet daraus ein Konzept von Politik ab, das diese in der Form territorial fixierter, staatlicher Institutionen denkt, welche unaufhebbare staatsbürgerliche Grundrechte garantieren und durch regelmäßig stattfindende Wahlen in ihrer Souveränität legitimiert werden.

Für den Zeitraum seit den 1970er Jahren diagnostiziert Crouch nun eine sukzessive Erosion dieses spezifischen institutionellen Zusammenhangs, die ihren Ausdruck unter anderem in einem Autoritäts- und Repräsentationsverlust der nationalstaatlichen Regulierungs- und Entscheidungsinstitutionen sowie deren Anpassung an eine veränderte ökonomische Rationalität findet. Mit der neo-klassischen Recodierung der Ökonomie und ihrer neo-liberal justierten politischen De- und Regulierung verliert die Masse der Bevölkerung (das nationalstaatlich verfasste Soziale) an ökonomischer und politischer Bedeutung und fragmentiert: »(R)elevante politische Entscheidungen werden heute immer weniger von demokratischen [repräsentativen, in korporatistische Arrangements eingebundenen Akteuren] getroffen, als vielmehr von [einzelnen] überstaatlichen [... Konzernen], Verhandlungsgremien und Politiknetzwerken« (Flügel/Heil/Hetzler 2004, 14; vgl. Buchstein/Nullmeier 2006, 17). Unsere Gegenwart wird in diesem Sinne als postdemokratisch gekennzeichnet, um zu verdeutlichen, dass die Vorstellung einer Repräsentationsbeziehung zwischen Regierenden und Regierten tendenziell hinfällig wird. Bei Crouch (2008, 31) heißt es dementsprechend: »In gewisser Weise haben wir die Idee der Herrschaft des Volkes hinter uns gelassen, um die Idee der Herrschaft selbst in Frage zu stellen«.

Verblüffend ist nun allerdings, dass Crouch trotz dieser weitreichenden Entpolitisierungsdiagnose einem zeitgleichen Phänomen keine bzw. nur wenig Aufmerksamkeit schenkt: Dem Revival republikanischer Politikmodelle, welches im bundesdeutschen Kontext vor allem seit den 1990er Jahren zu beobachten ist, also parallel zu der von ihm diagnostizierten Entpolitisierung. Dass diese Entwicklung in Crouchs Analysen der Postdemokratie keine bzw. erst in anschließenden Überlegungen eine Rolle spielt⁷, ist insofern überraschend, weil das Erstarken neo-republi-

7 Bemüht um eine Korrektur der Engführungen und Aporien seiner Postdemokratietheorie sieht Crouch in seinem 2011 veröffentlichten Folgewerk über »das Überleben des Neo-Liberalismus« auf der zivilgesellschaftlichen und »lokalen Ebene [nun] beträchtliche Chancen die Probleme der Postdemokratie zu umgehen« (ebd. 145). In diesem Sinne plädiert er für eine Dezentralisierung der Politik, die in den zivilgesellschaftlichen Akteuren ein Potential für eine Vitalisierung der Demokratie vermutet. »Auch die Politikwissenschaft erkennt inzwischen an, dass die von Bürgern ausgehende Kritik an Unternehmen Bestandteil des politischen Geschehens ist [...]« (ebd. 234).

kanischer und kommunitaristischer Politikmodelle einerseits als Kontrapunkt gegen die bürokratisch-administrative Entkoppelung und Ökonomisierung der Macht in den Postdemokratien verstanden werden kann; eine Perspektive, wie sie sich in den eingangs genannten Re-Politisierungsdebatten Sozialer Arbeit spiegelt. Andererseits gilt es zu prüfen, inwieweit die Assimilation neo-republikanischer Konzepte nicht selbst als immanenter Ausdruck und Teil der postdemokratischen Dynamik selbst zu identifizieren und zu kritisieren ist. Vor allem die letztgenannte Interpretation schliesse unmittelbar an Crouchs Analysen an, wäre doch mit ihr die Entpolitisierung der repräsentativen Demokratie als Verlagerung in zivilgesellschaftliche und lebensweltliche Zusammenhänge benannt. Wie kommt es also zu dieser Blindstelle in Crouchs Überlegungen? Der Grund ist meines Erachtens, dass seine Analyse zwar auf eine relevante Entwicklungsdynamik verweisen kann, dass sie bedingt durch seinen spezifischen regulationstheoretischen Fokus – Crouch markiert den »demokratischen Imperativ« der keynesianischen Ökonomie als wichtigste Triebfeder des demokratischen Augenblicks« (ebd. 2008, 17, vgl. ebd. 2011, 71ff.) – und das verkürzte, nämlich nur institutionelle Politikverständnis unzureichend ist, um eine Entpolitisierungsdiagnose vorzulegen, die es erlaubt die Transformation hin zu einer Postdemokratie adäquat zu fassen.

Durch das Primat, das der (fordistischen) Ökonomie für die Interpretation demokratischer Entwicklungsprozesse in Crouchs Überlegungen zukommt, erhält die Postdemokratie-These den Charakter einer ›Metaerzählung‹, deren Entwicklungsdynamik durch ›externe Faktoren‹ bedingt wird (vgl. Marchart 2010; Meyer 2011). Tatsächlich wird das historische Verlaufskurve der Demokratie hier maßgeblich über die Transformation des Fordismus und der finanzmarktkapitalistischen Gesellschaftsformation und ohne systematische Akzentuierung des Politischen erörtert. Anders gesagt, untersucht Crouch zwar die Transformation der (fordistischen) Ökonomie, des Wohlfahrtsstaates und der politischen Praktiken, nicht aber die Wandlung des Begriffes und der Idee der Politik bzw. des Politischen. Es wird deutlich: Die Zeitdiagnose der Postdemokratie schließt hinsichtlich ihrer erkenntnistheoretischen Prämisse ganz an die bereits diskutierte Normalisierungsthese und die damit implizierten Engführungen an: Zugespitzt könnte man daher von einer apolitischen Transformationsgeschichte der Demokratie sprechen, die der Politik auch in Hinblick auf ihre eigene Anpassung an die ökonomische Rationalität der globalen Finanzmärkte und die Entkernung des Wohlfahrtsstaates lediglich eine reaktive und keine konstitutive Funktion zuweist. Die Zeitdiagnose ›Postdemokratie‹ wird bei Crouch somit zum Synonym für den ökonomisch induzierten Prozess einer fortgesetzten Entdemokratisierung, der nicht mehr rückgängig zu machen ist.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass eine Analyse und Kritik der Entpolitisierung an sich unberechtigt wäre. Die hier aufgeworfene Frage lautet vielmehr, ob eine solche funktionalistische Perspektivierung nicht wesentliche Aspekte der Demokratiegeschichte ausblendet, ja ausblenden muss: Denn ist der Charakterisierung der westlichen Nachkriegsgesellschaften zwischen 1950 und 1960 als Höhepunkt bzw. Zenit egalitärer und partizipativer Entwicklungsdynamiken nicht eine unzulässige Überhöhung immanent (vgl. Meyer 2011), welche die historisch spezifischen Herrschaftsmechanismen der Homogenisierung und Fragmentierung des Bevölkerungskörpers (vgl. Kronauer 2002; Lessenich 2003) zugunsten eindeutiger Argumentationsverläufe übersieht? Und legt dieses Deutungsmuster nicht ein erstaunliches Desinteresse an dem Auftauchen neuer politischer Subjekte und sozialer Bewegungen in den 1970er Jahren und deren Forderungen nach einer Neuformierung der demokratischen Systeme, die sich von den bürokratisch-administrativen Routinen des bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Arrangements unterscheiden sollten, an den Tag? Und schließlich: Liegt nicht in dieser verkürzten Analyse auch der Grund für die Blindstelle in Bezug auf das Revival republikanischer Politikmodelle? Hätte Crouch den Blick auf die widersprüchlichen Bewegungen einer zeitgleichen Normalisierung und Politisierung des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements gelenkt, er hätte seine parabelförmige, auf Einheitlichkeit und Stringenz zielende Geschichtskonstruktion zugunsten komplexerer Deutungsmuster aufgeben müssen. Doch Crouch weicht den sich gegenwärtig aufdrängenden demokratietheoretischen Fragestellungen aus (vgl. Marchart 2010, 334), indem er die Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Ökonomie als Bedingung der (Post-)Demokratie voraussetzt.

I.3 (Interimistische) Fragestellung und Vorgehen

Fasst man die bisherigen Erörterungen zusammen, dann kann gesagt werden, dass die Reflexionsformen, in denen das Verhältnis von Sozialem und Politischem dargestellt wurde, in einfache kausalistische und ursprungsrealistische Schemata verfallen, welche angesichts des ihnen inhärenten erkenntnistheoretischen Reduktionismus nicht nur erstaunen, sondern tatsächlich unzureichend sind, den hier verfolgten Problemzusammenhang systematisch anzugehen. In Anlehnung an Claude Lefort ließe sich vielmehr fragen, wie es möglich ist, dass die erziehungswissenschaftliche und sozialpädagogische Reflexion zwar »einerseits höchst subtil die ontologische Differenz [und die Dekonstruktion] zu handhaben weiß« – um im Anschluss an die Philosophie Lacans und Derridas subjektphilosophische Fragen der Andersheit und der Differenz zu

erörtern, »andererseits [aber] in einen anmaßenden Realismus zurückverfällt, wenn es um Politik geht« (Lefort 1990, 282).

Vor dem Hintergrund der vorangehenden Ausführungen stellt sich daher die Frage, ob es nicht weiterführend wäre, anstatt das Verhältnis von Sozialem und Politischem ausgehend von einem substanziell gedachten ›Ursprung‹ kausalistisch und/oder modernisierungstheoretisch zu bestimmen, um von hier aus wohl begründete Sortierungen der Vor- und Nachrangigkeit vorzunehmen und entsprechende Bestimmungen Sozialer Arbeit als Normalisierung oder Demokratisierung abzuleiten, analytisch einen Schritt zurückzugehen und die *Differenz*, die hier aufscheint, selbst in den Blick zu nehmen. Wäre es anders gesagt nicht hilfreich, die Bewegung zwischen Demokratisierung und Normalisierung, Politisierung und Entpolitisierung theoretisch und historisch als ersten Gegenstand zu setzen und in den Widersprüchen, die dies impliziert, das Prinzip einer ›politischen Wirksamkeit‹ zu erkennen, das von einer ›zeitausgesetzten Prüfung‹ (vgl. Scheulen/Szankay 1999, 22; Lefort 1999 [1981], 86) und Bearbeitung der Bedingungen gesellschaftlichen Lebens zeugt? Vielleicht führte dies aus einer Situation heraus, in der die Sozialpädagogik »naiv eine Zeit vor der Zeit erfinde[t], einen Raum hinter ihrem Raum einrichtet« (Lefort 1999 [1981], 46), um sich ihrer politischen Identität zu versichern. Und vielleicht fände sich von hier aus auch ein geeigneter Ansatzpunkt, um die Frage danach zu erörtern, in welchem Verhältnis die Erosion des Sozialen und die gegenwärtig mit Nancy beobachtete Zunahme erster Identifizierungen, die scheinbar keiner wissenschaftlichen Repräsentation bedürfen, zusammenhängen? Ich bin mir sicher, dass die Fragestellung nach der politischen und pädagogischen Bedeutung von Identifizierungsprozessen, die sich auf ein übergreifendes Allgemeines beziehen, und welche die Grenzen gängiger politik- und sozialwissenschaftlicher Thematisierungsweisen überschreitet, von zentraler Relevanz für die politische Bedeutung der Sozialpädagogik ist, ja in gewisser Weise den Schlüssel für ein grundlegenderes Verständnis der historischen Genese und gegenwärtigen Formierung der Sozialpädagogik bereitstellt.

Um die solchermaßen skizzierte Fragestellung zu erschließen, möchte ich einen ›Interpretationssprung‹ vorschlagen, der die Kluft zwischen Demokratisierung und Normalisierung nicht auf die herkömmliche symptomatische Weise liest, sondern auf der Basis der ›politischen Differenz‹ (Marchart 2010) reinterpretiert. Gegenüber den bisher dargelegten sozial- und politikwissenschaftlichen Traditionen, welche die Frage nach dem Politischen auf einem festen Fundament begründen wollen, macht diese Perspektive mit einem Denken des Politischen bekannt, das im eigentlichen Sinne ›ortlos‹ (vgl. Bröckling/Feustel 2010) ist und auf eine radikale Teilung (Grundlosigkeit) verweist. Der theorie-systematische Zusammenhang, in dem sich diese Differenz artikuliert, ist das von Oliver

Marchart (2010) so genannte ›postfundamentalistische‹ Paradigma. Das post-fundamentalistische Theorieprojekt, dem Autoren wie Claude Lefort, Marcel Gauchet, Jean-Luc Nancy, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sowie mit gewissen Einschränkungen Jaques Rancière⁸ zuzuordnen sind und das seinen institutionellen Ausdruck in dem 1980 gegründeten *Centre de Recherches Philosophiques sur le Politique* findet (vgl. Hirsch 2009, 205, Marchart 2010) hat sein Wurzeln im französischen Links-Heideggerianismus. Im Kern geht es, wie bereits bei Foucault, darum, einen weder institutionenbasierten noch ökonomisch verengten Zugang zur Politik zu gewinnen (Hirsch 2009, 204). Im Unterschied zu den Gouvernementalitätsstudien und ihrem teilweise funktionalistischen Machtbegriff, wird die Analyse gesellschaftlicher Ordnungsstrukturen, jedoch durch die Einführung eines ontologischen Begriffes des Politischen ›quasi-transzendentalistisch‹ reformuliert. In seiner maßgeblichen Studie zur ›politischen Differenz‹ (2010) bestimmt Oliver Marchart die ›Familienähnlichkeit‹ zwischen den unterschiedlichen Denkansätzen des Postfundamentalismus daher darin, eine Differenzierung zwischen der Politik (*la politique*), unter welcher die institutierenden Ordnungsprinzipien innerhalb einer historisch-spezifischen Gesellschaftsformation zu verstehen sind, und dem Politischen (*le politique*), verstanden als ontologischer Möglichkeitsgrund und Strukturprinzip des Gesellschaftlichen, einzuführen (vgl. Marchart 2010, 13-84). In einem ersten stark pauschalisierenden Zugriff kann somit gesagt werden, dass es postfundamentalistischen Ansätzen um die Situierung eines ›ontologischen‹ Begriffes des Politischen geht, der die politische Verfasstheit und die damit einhergehende symbolische Formierung des Sozialen in den Mittelpunkt der Analysen stellt (vgl. ebd. 16).

Ich kann an dieser Stelle nicht detailliert auf die quasi-transzendente Perspektive eingehen (vgl. Kap. II dieser Arbeit). Um die argumentative Stoßrichtung dieser Arbeit weiter zu konkretisieren, ist es jedoch wichtig zu sehen, dass Marcharts Bestimmung der ›politischen Differenz‹ als Fokuspunkt, von dem ausgehend er seine Referenzautoren untereinander in Beziehung setzt, auf die ›ontologische Differenz‹ Martin Heideggers rekurriert. Die Geschichte der abendländischen Metaphysik wird von Heidegger als Geschichte einer fortlaufenden Verdrängung der Differenz von Sein und Seiendem interpretiert: »Wie auch immer das Seiende ausgelegt werden mag, ob als Geist im Sinne des Spiritualismus, ob als Stoff oder Kraft im Sinne des Materialismus, ob als Werden und Leben, ob als Vorstellung, ob als Wille, ob als Substanz, ob als ewige

8 Für Jacques Rancière gilt die Zuordnung, wie sich im Weiteren zeigen wird, nur teilweise, da seine Unterscheidung von Politik und Polizei auf anderen systematischen Grundlagen beruht, denen eine Kritik an der politischen Ontologie etwa Claude Leforts immanent ist.

Wiederkehr des Gleichen, jedesmal erscheint das Seiende als Seiendes im Licht des Seins« (Heidegger 2007 [1929], 7f.). Heideggers so angedeutete Kritik an der »Reduktion des Seins auf Seiendes« und sein »Versuch, das Sein [zu entsubstanzialisieren und] als Zeit, als Ereignis zu denken« (Casale 2010 [2005], 15), wird von Marchart als Ermöglichungsbedingung einer quasi-transzendentalen Form des politischen Denkens interpretiert, welche die Abwesenheit eines substanziellen Fundamentes als Bedingung der Möglichkeit dafür versteht, das überhaupt ein historisch ›Seiendes‹ erscheinen kann und diese ›Erscheinung‹ mit dem Begriff des Politischen als ›Ereignis‹ verbindet (vgl. Marchart 2010, 63, ausführlicher: 82). Entscheidend ist hierbei, dass die in Anlehnung an Heidegger vorgenommene Dekonstruktion des fundamentalistischen Denkens nicht auf die ›Verabschiedung aller Gründe‹, sondern vielmehr auf die »Schwächung des ontologischen Status von Fundamenten« gerichtet ist (ebd. 62).⁹ »Vom Antifundamentalismus unterscheidet sich ein solcher Postfundamentalismus darin, dass nicht die Abwesenheit aller Gründe behauptet wird, sondern die Abwesenheit eines ultimativen Grundes, denn erst unter dieser Voraussetzung werden *Gründe im Plural* möglich« (ebd. 62; Hervorhebung M.L.H.). Und dies ist der entscheidende Punkt, an dem sich Marcharts spezifische Lesart der quasi-transzendentalen Perspektive konkretisiert.

Marcharts Ausführungen stehen hier vor allem in der Tradition politischer Denkerinnen wie Hannah Arendt und Ernesto Laclau, die das politische Ereignis als kontingenten ›Neubeginn‹ fassen, der die geschichtliche Materialität des Sozialen transzendiert und den »revolutionären Gründungsmoment« überall da »reaktualisier[t]«, »wo Menschen politisch zu handeln beginnen« (Marchart 2006, 154). In dieser Vorstellung einer permanenten ›Reaktualisierung‹ des revolutionären Moments in den kontingenten Praktiken individueller und kollektiver Akteure ist eine Kritik an der hegelianischen Geschichtsphilosophie und der hier formulierten Vermittlung von Notwendigkeit und Freiheit, Tradierung und Überschreitung impliziert.¹⁰ Zwar grenzt Marchart sich explizit gegen postmoderne Positionen des ›anything goes‹ ab, indem er in Anlehnung an Heidegger betont, dass die »Dimension des Grundes« nicht einfach verschwindet, sondern dass das »Historische [...] selbst die (sich immer verändernde) Entstehungsbedingung des Transzendentalen [bzw. der

9 Marchart bezeichnet mit dem Begriff des Fundamentalismus Formen des Denkens, die das Sein auf einem festen Fundament begründen. Beispielhaft wäre der orthodoxe Marxismus und die ihm inhärente Annahme, einer ökonomischen Basis, von der ausgehend sich alle Prozesse der sozialen Welt erörtern lassen, zu nennen (vgl. ebd.).

10 Eine ausführliche Darlegung dieser anti-hegelianischen Denkbewegung formuliert Laclau in dem Aufsatz »Jenseits von Emanzipation« (Laclau 2007 [1996], 23ff.).

Erscheinung des Politischen]« ist (Marchart 2010, 81).¹¹ Seine Lesart der quasi-transzendentalen Perspektive entwickelt jedoch die Tendenz, die Dimension des Geschichtlichen auf den Status einer bloßen Akzidenz zu reduzieren und den quasi-transzendentalen Ansatz unter der Hand in eine sozialkonstruktivistische Perspektive zu verwandeln, welche die Artikulation des Politischen mit den kontingenten Praktiken innerhalb eines hegemonialen Feldes assoziiert. Geschichtlichkeit wird dabei auf den Status einer historisch-empirischen Ermöglichungsbedingung für Kontingenz reduziert, nicht aber in der Gesetzmäßigkeit ihrer Bewegung rekonstruiert.¹² Streng genommen müsste die Kritik, die die ontologische Differenz artikuliert, damit auf die politische Philosophie Marcharts selbst angewendet werden, die im Begriff der Kontingenz ein Seiendes ontologisiert und Differenz damit stillstellt.¹³

Systematisch konsequenter und allzumal vor dem Hintergrund der eingangs erörterten Problemstellung angemessener scheint es hingegen, das besondere analytische Potenzial, das in der quasi-transzendentalen Perspektive liegt, dahingehend zu konkretisieren, dass es von hier aus möglich wird, das widersprüchliche Verhältnis von Sein und Seiendem/Ontologischem und Ontischem in den Blick zu nehmen und der »grundlegenden Verschiebung der Logik« nachzugehen, nach der das Politische (der abwesende Grund) im geschichtlichen Raum arbeitet und ihn strukturiert (Žižek 2013, 136). Die Entsubstanzialisierung des Seins, die die politische Differenz benennt, wäre damit, ich folge hier einem Argument Rita Casales, als Ermöglichungsbedingung oder »Prämisse eines politischen Philosophierens« (Casale 2010 [2005], 15) zu verstehen, das sich nicht einfach von der geschichtlichen Materialität des Sozialen ablöst, sondern Geschichte als widersprüchliche Bewegung von Tradierung und Überschreitung, Normalisierung und Politisierung versteht und die in diese Bewegung sich eingetragen habenden Risse und Umbrüche in

11 In diesem Sinne formuliert Marchart: »Von dieser Anerkennung des Geschichtlichen legt das ›quasi- Zeugnis ab – und damit von der immer spezifischen Konstellation, welche vom Erscheinen des postfundamentalistischen Moments, d.h. der Realisierung der transzendenten Notwendigkeit von Kontingenz und der Unmöglichkeit eines letzten Grunds vorausgesetzt wird« (ebd. 2010, 81).

12 Deutlich wird dies, wenn Marchart in Anlehnung an Luhmann die Kontingenz aller sozialen Verbindungen in der Moderne betont, die nun nicht mehr durch die Geschichte bestimmt sind (ebd. 76) und dies in der Formulierung zuspitzt, »dass die Realisierung der Notwendigkeit von Kontingenz ein selbst nicht notwendiges Resultat historischer Umstände ist« (ebd. 81).

13 Damit steht er methodisch in einer gewissen Nähe zu den Studien Reiner Schürmanns (2003). Wie Rita Casale formuliert, birgt dessen Arbeit, die Heideggers Denken des »Sein[s] als Zeit, als Ereignis« entsubstanzialisiert, »die Gefahr, dass die Philosophie sich in eine Ontologie des Mannigfaltigen verwandelt, die sich mit der Feststellung von Differenz zufrieden gibt« (ebd. 2010, 15).

den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Wenn es stimmt, wie die quasi-transzendente Perspektive dies nahelegt, dass der Zugang zum Sein nur vermittelt über die Geschichte erfolgt, kann es nicht genügen, die Freisetzung von Kontingenz lediglich »zu registrieren« (Casale 2010 [2005], 15) und als Ausdruck einer Politisierung zu interpretieren, vielmehr müsste es darum gehen, die »Strukturgesetze« (Lefort/Gauchet 1990, 105) dieses Prozesses geschichtlich zu rekonstruieren.¹⁴ Statt sich mit einer historistischen Betrachtungsweise zu begnügen, die ihre eigenen Bedingungen unerkannt lässt, wäre es hiernach vielmehr die Aufgabe einer politischen Theorie der Sozialpädagogik, ausdrücklicher zwischen zwei Ebenen zu unterscheiden: der Freisetzung von Kontingenz und der Pluralisierung (politischer) Handlungsoptionen innerhalb eines gegebenen historischen Horizonts und der ontologischen Bedingung dieser Freisetzungsbewegung (Žižek 2013, 145 und 141).¹⁵ Das mit einer solchen Herangehensweise verbundene Ziel ist es, die historistische Konstellation, die sich in der theoretischen und politischen Priorisierung von Kontingenz anzeigt, erneut in einen geschichtlichen Zusammenhang zu stellen, d.h. zu historisieren und so zur Erkenntnis der besonderen politischen Möglichkeiten der Sozialpädagogik zu gelangen. Das ist der Leitgedanke dieser Arbeit.

Vor diesem Hintergrund orientieren sich die Überlegungen in **Kapitel II** darauf, in Anlehnung und in kritischer Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie Jacques Rancières und Claude Leforts sowie mit der Psychoanalyse Jacques Lacans eine epistemologische Grundlegung auszuarbeiten. Um einen Einstieg und eine Anknüpfung an die hier bereits dargelegten zeitdiagnostischen Überlegungen zum Zusammenhang von Normalisierung und Demokratisierung in der Sozialpädagogik zu finden, beziehe ich mich dabei zunächst auf eine Lesart des Post-Demokratietopos, wie sie der französische Philosoph Jacques Rancière vorgelegt hat (Kap. II.1). Der Postdemokratietopos wurde in den deutschsprachigen Sozial- und Bildungswissenschaften bislang vor allem in Lesart Colin Crouchs rezipiert (2008). Er verweist in diesem Deutungsmuster

14 Die Fokussierung der politischen Theorie auf die Freisetzung von Kontingenz ist eben da unzureichend, wo das ›Kontingenzmanagement‹ längst zum Modus Operandi gegenwärtiger Regierungstechniken geworden ist. So sieht Andreas Niederberger die gegenwärtige Konstellation vor allem darüber bestimmt, dass »Ordnung nicht [mehr] über die Notwendigkeit einer Aufteilung der Welt begründet [wird], sondern über die Omnipräsenz und Unvermeidlichkeit von Unordnung, d.h. die Unordnung ist der Normalfall und nicht die Ordnung« (Niederberger 2009, 106).

15 Žižek differenziert beide analytischen Herangehensweisen folgendermaßen: »Historizismus beschäftigt sich mit dem endlosen Spiel der Substitution im selben fundamentalen Feld der Un(Möglichkeit), während Historizität im eigentlichen Sinn verschiedene Strukturprinzipien genau dieser (Un)Möglichkeit analysiert« (Žižek 2013, 146).

– wie bereits erörtert wurde – auf eine zunehmende »Entropie der Demokratie«, wie sie durch die neo-liberale Ökonomisierung staatlicher Institutionen und die zunehmende Machtsteigerung der Lobbyisten hervorgerufen wird. Demokratie und Postdemokratie erscheinen so gesehen als zwei klar voneinander unterscheidbare temporale Phasen (vgl. Meyer 2011). Meine Ausgangsintention für dieses Kapitel lautet dementsprechend, dass der Begriff der Postdemokratie sein ganzes analytisches Potenzial für die Reflexion des Verhältnisses von Sozialpädagogik und Politik erst dann entfaltet, wenn er nicht nur historisch, sondern systematisch gewendet wird (vgl. Meyer 2011, 22; Marchart 2010).

Wenn ich mich für diese systematische Wendung entscheide, negiere ich keineswegs, dass sich in den letzten 30 bis 40 Jahren, verstärkt aber seit den 1990er Jahren eine ökonomisch induzierte Gefährdung des demokratischen Anspruches auf Volkssouveränität abzeichnet, die ihren Niederschlag nicht zuletzt in der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit findet und auf deren Hintergrund sich die Demokratisierungsthese überprüfen muss (vgl. Wagner 2011). Mein Anliegen ist nun aber weniger auf die erneute »ideologiekritische Entlarvung« (Scherr 2005, 91) der oft »undurchschauten Funktionalität Sozialer Arbeit für Zwecke der Herrschaftssicherung« (ebd.) gerichtet, welche die Denkmöglichkeit dann doch wieder vorab auf eine Normalisierungsfunktion beschränkte. Mir geht es im Folgenden vielmehr darum, jene Repräsentationslogiken und ihre historische Transformation freizulegen, welche eine zentrale Rolle für die Vermittlung von Tradierung und Überschreitung, Normalisierung und Demokratisierung und die Etablierung eines spezifischen Verhältnisses von Sozialpädagogik und Politik spielen. Die im Weiteren zu erörternde Fragestellung lautet somit nicht, welche »externen Kräfte« (Meyer 2011, 22) die politische Bedeutung der Sozialpädagogik präformieren, sondern welche sozialpädagogische Repräsentationslogik sich dafür verantwortlich zeigt, dass sich die Zielsetzung einer Demokratisierung (immer wieder) in ihr Gegenteil, die Normalisierung des ›Gegeben‹ umkehrt (vgl. ebd.).

Jedoch wirft der Ansatz Rancières einige Schwierigkeiten auf, die einer Klärung bedürfen. Zwar liefern seine Überlegungen einen zentralen Impuls für die Problematisierung der Kontingenzorientierung in der politischen Philosophie und für die Bearbeitung der Frage nach dem Verhältnis von Sozialem und Politischem. Da die Dynamik der Demokratisierung an das Auftauchen kollektiver Subjektformen (Proletariat, Frauenbewegung etc.) gebunden wird, welche eine unmögliche Gleichheit performieren, bleibt eine genaue Inblicknahme des Verhältnisses zwischen symbolischer Politik und den gesellschaftstheoretischen Bestimmungen des Sozialen jedoch weitgehend aus (vgl. in Ansätzen 2002, 73 ff.). Darüber hinaus macht es der emanzipationstheoretische Zugang Rancières, der ›Gleichheit‹ als vorpolitische Bedingung der Politik begreift und somit

ontologisiert schwer, die geschichtliche Bewegung, die hier im Mittelpunkt des Interesses steht, zu erfassen.

Der Rekurs auf die politische Ontologie Claude Leforts (Kap. II.2) beabsichtigt, diese Problemstellungen aufzunehmen und systematisch zu bearbeiten. Gegenüber Rancières subjektivierungstheoretischer und emanzipatorischer Konzeptionen der Politik macht der Bezug auf quasi-transzendentalistische Perspektive Leforts deutlich, dass Normalisierung und Demokratisierung, Tradierung und Überschreitung nicht als Antipoden zu betrachten sind, sondern in einer zirkulären Bewegung verbunden sind, welche durch das Ereignis der französischen Revolution und das innerhalb dieser Prozesse inaugurierten modernen Dispositivs der Demokratie dynamisiert wird. Der Abstand oder ›Riss‹, den das Politische in das Soziale einträgt, und welchen Rancière an die Erscheinung widerständiger Subjektformationen bindet, wird hier als immanente Wirkungsweise des symbolischen Dispositives der Demokratie ausgewiesen. Folgt man der Logik dieser Argumentation – welche besagt, dass das symbolische Dispositiv strukturell übergreifend wirksam wird, indem es eine Distanz zwischen die Namen und die Dinge einträgt, dann müsste sich diese Wirksamkeit auch in den (sozialpädagogischen) Repräsentationsformen des Sozialen nachweisen lassen. Umso erstaunlicher ist, dass Leforts Überlegungen sich dieser denkerischen Konsequenz verwehren, indem sie, der Argumentationsspur Hannah Arendts folgend, eine Verhältnis der Gegnerschaft zwischen dem Sozialen und dem Politischen nahelegt.

Im Lichte dieser Erkenntnisse geht Kapitel II.3 daran, die mit Rancière und Lefort eingeführten Überlegungen unter Bezug auf die französische Psychoanalyse – wie sie mit dem Namen Jacques Lacan verbunden ist – zu einer eigenen erkenntnistheoretischen Perspektive zusammenzufügen, die sich den zeitlinearen metaphysischen Logiken sozialpädagogischer Ursprungerzählungen, sich selbst setzender Transzendenzen (die vopolitische Bedingung der Gleichheit bei Rancière) oder dichotomischen Verkürzungen ebenso verweigert wie einer Ontologisierung der Kontingenz und den Fokus statt dessen auf die widersprüchliche Bewegung zwischen Tradierung und Überschreitung richtet.

Auf der Basis der erkenntnistheoretischen Überlegungen in Kapitel II eröffnet sich das Arbeitsfeld einer problemgeschichtlichen Untersuchung der sozialpädagogischen Repräsentationsformen des Sozialen, das den Hauptteil der vorliegenden Untersuchung ausmacht und das in **Kapitel III** dargelegt wird. Die Wahl des problemgeschichtlichen Zugangs begründet sich, dies sei hier nur kurz angemerkt, durch die große Korrespondenz mit den hier dargelegten erkenntnistheoretischen Überlegungen. Dies lässt sich an zwei Aspekten konkretisieren. Zum ersten handelt es sich bei der Problemgeschichte um einen methodischen Zugang, der nicht, wie etwa die Ideen- und Begriffsgeschichte, auf einen einzelnen

Begriff oder einen spezifischen Terminus hin ausgerichtet ist, »sondern um ein breiteres Vorhaben, das vor allem das zugrundeliegende Problem über die Zentralität eines einzelnen Begriffs [...] hinweg behandelt« (Marcor 2011, 177). Für die vorliegende Arbeit bedeutet dies, dass der problemgeschichtliche Zugang die Möglichkeit eröffnet, der Frage danach, ob und, wenn ja, wie sich die politische Differenz in die Epistemologie der sozialpädagogischen Repräsentationen des Gesellschaftlichen einträgt, nachzugehen, ohne die Untersuchung vorab auf bestimmte Begriffe und Kategorien einzuengen. Die sozialpädagogischen Repräsentationen werden als Antworten auf eine spezifische Problematik thematisierbar, die sich mit dem Beginn der politischen Moderne auftut: die Trennung von Macht und Gesellschaft und die damit verbundene Frage nach der (geschichtlichen) Institutionierung des Gesellschaftlichen.

Entscheidend für die problemgeschichtliche Zuschneidung der Untersuchung ist jedoch ein anderer Aspekt. Dieser betrifft die enge Verbindung von systematischer und historischer Reflexion im Rahmen der Problemgeschichte: Folgt man Esposito, so besteht das methodologische Prinzip, das den problemgeschichtlichen Zugang konturiert und das für den vorliegenden Zusammenhang von zentraler Bedeutsamkeit ist, »darin, zwei Ebenen zusammenzuhalten: die historische Rekonstruktion eines Problems [...] und die Fragestellung [in ihrer historischen Besonderheit und spezifischen epistemologischen Dimension], die jeder einzelne Begriff [bzw. jede einzelne Repräsentationsform] in sich trägt« (Esposito 2011, 147). Die Verwobenheit dieser beiden Ebenen impliziert, dass die Untersuchung, im Unterschied etwa zu einem »relativierenden Historismus (Pozzo/Sgarbi 2011, 7), der die »Zeitgebundenheit von Begriffen« und deren Einbettung »in den historischen Horizont« hervorhebt »und sich dadurch zur Doxokopie reduziert« (ebd.), stärker auf die »systematische Seite der Begrifflichkeit« (ebd.) fokussiert. Das bedeutet nicht, dass die Historizität der Probleme und ihrer begrifflichen Reflexion zugunsten ahistorischer Konstruktionen gezeugnet wird, es bedeutet aber, dass die Untersuchung davon ausgeht, dass es bestimmte, überdauernde Problemstellungen gibt, die sich in den jeweiligen Begriffen und ihrer erkenntnistheoretischen Einbettung auf jeweils spezifische Weise niederschlagen. In den Worten Espositos: Die Problemgeschichte »kann niemals nur archäologisch oder genealogisch, sondern muss [immer] auch [erkenntnis-]kritisch vorgehen« (Esposito 2011, 147).

Dieser Zugang hat zentrale Konsequenzen für das Verhältnis von Diskontinuität und Tradition, Normalisierung und Demokratisierung:¹⁶ In

¹⁶ Ausführlicher formuliert Esposito hierzu: »Wenn wir von der Tradition als einem Kanon sprechen, identifizieren wir diese gerne mit einer einigermaßen gesicherten Topik von Antworten auf die Ausgangsfragen, aber eine Tradition entwickelt sich ebenso weiter durch das andauernde Aufwerfen jener grundsätzlichen

der Sicht der Problemgeschichte erscheinen die Repräsentationen der Sozialpädagogik sowie ihre erkenntnistheoretischen Strukturbedingungen »nicht als zeitloser Gegenstand, aber auch nicht als postmodernes *divertissement*, da in beiden Fällen, die spezifische metaphysische Geschichtlichkeit geopfert wird, d.h. dass die Sache der Metaphysik die Form eines Geschehens in der Zeit hat« (ebd. 148f.). Die spezifische Form, die die sozialpädagogischen Repräsentationen des Sozialen in der Geschichte annehmen, sind also nicht kontingent, sie enthalten Spuren der Tradition und des Gewesenen in sich, Spuren, die – folgt man Esposito – als Resultat einer spezifischen Struktur des Fragens zu verstehen sind und als solche tradierte Schichtungen in das sozialpädagogische Denken eintragen. Jedoch darf man sich die Arbeit an dieser symbolischen Transformation nicht als gradlinigen Prozess verstehen, innerhalb dessen das Neue sich kontinuierlich aus der regelgeleiteten Befragung und Beurteilung des Gewesenen ergibt. In Anlehnung an den Historiker Matthias Bohlender scheint es vielmehr sinnvoll, von spezifischen »Problematierungsschüben (Bohlender 2007, 26) zu sprechen. Im Zuge dieser Problematierungsschübe wird die vorgefundene Tradition nicht nur »angeeignet«, sondern auch beurteilt und »verworfen« (vgl. Esposito 2011, 149).¹⁷ So verstanden tragen die sich jeweils artikulierenden Repräsentationsformen eine Diskontinuität in die Geschichte des sozialpädagogischen Denkens ein, aber das, was so verschoben wird, »wird nicht ausgelöscht, und es erweist sich, dass es als Antizipation den Kern einer anderen symbolischen Konfiguration enthält« (Lefort 1999 [1981], 87).

Um diese – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft vermittelnden – »Problematierungsschübe« zu verdeutlichen, nimmt die vorliegende Arbeit mit *Paul Natorp (Kapitel III.1)*, *Herman Nohl (Kapitel III.2)* und *Klaus Mollenhauer (Kapitel III.3)* auf zentrale Vertreter der deutschsprachigen sozialpädagogischen Diskussion Bezug. Durch die Interpretation ihrer Texte werden unterschiedliche Repräsentationsformen herausgearbeitet und damit zugleich auch das Verhältnis von Kontinuität und Wandel, Normalisierung und Demokratisierung, das für diese Konstellation bestimmend ist. Die chronologische Rekonstruktion solcher Repräsentationsformen, unternimmt den Versuch, die geschichtliche Form und Genese sozialpädagogischer Repräsentationsformen sowie die ihnen

Fragestellungen, und gerade wenn die in einer bestimmten Tradition gegebenen Antworten nicht mehr dazu anhalten, diese Fragen aufs Neue zu stellen, wird die Tradition zu einer nicht mehr auf die Ausgangsforderung verpflichtenden Standard-Form« (Esposito 2011, 147f.).

¹⁷ Es ist davon auszugehen, dass diese Problematierungsschübe im Fall der Sozialpädagogik mit dem Aufkommen und dem politischen Begehren der sozialen Bewegungen verbunden sind. Hier findet sich eine Anschlussmöglichkeit an die Arbeiten Susanne Maurers, die es an anderer Stelle auszuloten gilt (vgl. exemplarisch Maurer 2004; außerdem Casale 2009).

implizite politische Epistemologie und Grammatik zu rekonstruieren. Dabei zielt die wechselseitige Durchdringung von historischer und systematischer Dimension (vgl. Rieger-Ladich 2003, 92) nicht nur darauf, eine Typologie der sozialpädagogischer Repräsentationsformen zu bestimmen und ihren jeweils spezifischen ›politischen Spin‹ zu benennen. Darüber hinaus geht es darum, die geschichtliche Bewegung herauszuarbeiten, die das Denken der Sozialpädagogik vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts angenommen hat. Es soll und kann dabei im Folgenden »ausdrücklich nicht darum [gehen], den Anspruch auf Vollständigkeit einzulösen und – angefeuert von einem positivistischen bzw. enzyklopädischen Bild von Wissenschaft – jedes einzelne Zeugnis der [sozial]pädagogischen Rede [über das Soziale] akribisch nachzuweisen und anschließend nach einer chronologischen Ordnung zu verzeichnen« (Rieger-Ladich 2003, 92). Der folgenden Darstellung geht es vielmehr um die Rekonstruktion unterschiedlicher symbolisch-imaginärer Repräsentationsformen des Sozialen, die für die Ausprägung einer ganz spezifischen – epistemologisch kodierten – Vorstellung von Allgemeinheit sowie für die Bestimmung des Verhältnisses zwischen den Teilen und dem Ganzen und die Beantwortung der Frage nach der gesellschaftlichen Integration verantwortlich sind, und welche, so die Annahme, von zentraler Bedeutung für die Gegenwart der Sozialpädagogik sind, oder doch zumindest sein könnten.

Ein solches Forschungsvorhaben findet sich in der sozialpädagogischen Diskussion bislang nicht konkretisiert. Der Kontext, in dem die Fragestellung einer solchen Perspektivierung des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik entstanden ist, soll jedoch nicht verschwiegen werden. So schließen die folgenden Überlegungen an Arbeiten aus der Tradition der wohlfahrtsstaatlichen Transformationsforschung an, wie sie bislang vor allem von Stephan Lessenich für den Bereich der politischen Soziologie (2003; 2008) und Fabian Kessl (2005; 2009; 2013) für den Bereich der im engeren Sinne sozialpädagogischen Bildungs- und Sozialforschung vorgestellt wurden. Beide Autoren treffen sich in der Fragestellung nach dem »Prozess der Neugestaltung« (Kessl 2013, 8) oder der »Neuerfindung des Sozialen« (Lessenich 2008) in den vergangenen 35 bis 40 Jahren, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Dynamisierung dieses Wandlungsprozesses mit Beginn der 1990er Jahre gelegt wird. Ihre Gouvernementalitätsforschung gehört zu denjenigen Ansätzen, die das Projekt einer wohlfahrtsstaatlichen Transformationsforschung in den letzten Jahren eindrücklich konturiert hat, und von deren Forderung nach einer ›politischen Theorie‹ des Wohlfahrtsstaates (Lessenich im Anschluss an Krätke 2003) respektive der Sozialpädagogik (Kessl 2005; 2008) die Fragestellung dieser Arbeit maßgeblich inspiriert wurde. Jedoch neigt die gouvernementalitätsanalytische Perspektive zu einer funktionalistischen Betrachtungsweise, die Konsequenz der

Ubiquität des foucaultschen Machtbegriffes ist. Die Veränderungen in der symbolischen Repräsentation des Sozialen und deren Auswirkungen auf die politische Bedeutung der Sozialpädagogik bleiben in einer solchen Sichtweise unthematisiert, womit sich eine gewisse Unschärfe hinsichtlich der kontinuierlichen Bedeutungsverschiebungen innerhalb der wohlfahrtsstaatlichen Konstellation verbindet, während der Bruch zwischen den Rationalitätsordnungen der wohlfahrtsstaatlichem und post-wohlfahrtsstaatlichen Arrangements allzu stark hervorgehoben wird. Diese lose formulierten Kritikpunkte lassen sich zu der im Folgenden noch zu belegenden Annahme bündeln, dass die gouvernementale Wohlfahrtsstaatsforschung den Begriff des Sozialen zu stark auf den Aspekt der Regierungstechnologie eng geführt hat, so dass sie den kontinuierlichen Wandel bzw. die Metamorphosen symbolischer Art, auf den die Postdemokratiethese verweist, nicht in den Blick bekommen konnte.

Die vorliegende Arbeit hingegen zielt auf die geschichtliche Rekonstruktion eben dieser symbolischen Metamorphosen des Sozialen. Die Ausarbeitung einer solchermaßen umrandeten Perspektive erlaubt eine »historisch tiefenschärfere Konturierung« post-demokratischer Transformationsprozesse und arbeitet einem funktionalistischen, letztlich apolitischen Verständnis entgegen (Marchart 2010). Ziel dieser Arbeit ist es nicht nur, der Frage nach dem politischen Potenzial Sozialer Arbeit einen neuen analytischen Zugang zu erschließen, zugleich geht es darum, der arendtianisch geprägten These, die das Politische durch das Soziale reduziert oder ganz verdrängt sieht und die zu Beginn der wohlfahrtsstaatlichen Implementierung ebenso vehement vorgetragen wurden, wie dies gegenwärtig wieder der Fall ist, zumindest einen Teil ihrer ›Be-Gründung‹ zu entziehen. Im Unterschied zu der hier vorgetragenen Trennung des Sozialen und des Politischen möchte diese Arbeit der widersprüchlichen geschichtlichen Vermittlung beider Dimensionen nachgehen und daran erinnern, dass die Erfindung des Sozialen bereits als Antwort auf die ›Entleerung‹ des Ortes der Macht in der politischen Moderne zu verstehen ist und damit auf eine Problemstellung rekurriert, die heute wieder akut wird. In den Worten Rancières (2009 [1996]a, 107): »Reines Politisches ist [...] reine Polizei«.